

Nach 10 Jahren Vereinigungsökonomie: Scheitern oder Vollendung der ostdeutschen Transformation?

Karl Mai

Halle, den 3.8.2000

„Die Frage ist, wie wir den Industrienaufbau
beschleunigen können.“
(Tyll Necker am 1.7.2000)

Einige aktuelle Sichtweisen

Prof. Rüdiger Pohl - als Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) für seine Leistungen kürzlich aus der Hand des Ministerpräsidenten Reinhard Höppner (Sachsen-Anhalt) mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet - trat kürzlich mit einer Studie zur ostdeutschen Transformation hervor, die den Zeitraum des zurückliegenden Jahrzehnts bewertet.¹

Pohl sieht in Ostdeutschland eine „**unvollendete** Transformation“, ohne exakt zu begründen, was er unter einer vollendeten versteht. Dies ist zumindest ungewöhnlich, insofern mit dem Begriff „Transformation“ im engeren Sinne zunächst nur der qualitative Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, d.h. die Privatisierung des Volkseigentums und die Installation funktioneller marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen verbunden wird. Dieser Prozess war in den neuen Bundesländern aber bereits fünf Jahre nach der Vereinigung wesentlich abgeschlossen und mit Auflösung der THA formell beendet. Fasst man jedoch eine sektoralstrukturelle Erneuerung und eine wettbewerbsmäßig erfolgreiche überregionale Integration der ostdeutschen Wirtschaft noch unter den Begriff der „Transformation“, so ist tatsächlich **der Zustand einer durchgängig erneuerten, ausreichend dimensionierten und auch selbsttragenden modernen Wachstumsbasis der Wirtschaft noch keineswegs erreicht.**²

Man kann aber davon ausgehen, dass Pohl die Transformation für vollendet hält, sobald die ostdeutsche Wirtschaft hinsichtlich ihrer Produktivität und des Beschäftigungsgrades der Bevölkerung die westdeutschen Kennzahlen (im Bereich einer normativen Streuung auf Landesebene) erreicht hat. Vor allem hinsichtlich der Produktivität verweist Pohl auf den immer noch bestehenden Rückstand. „Im Jahre 2000 erreicht Ostdeutschland etwa 60 % des westdeutschen Wertes. Simulationsrechnungen des IWH lassen erwarten, dass die Produktivität bis zum Jahre 2010 auf 65 % des westdeutschen Wertes steigen könnte – mehr als heute, aber immer noch weit ab von 100 Prozent.“ (S. 226)³

¹ Rüdiger Pohl, „Die unvollendete Transformation“ in: „Wirtschaft im Wandel“ 8/2000

² Zur Interpretation von „selbsttragendem Wachstum“ siehe auch: Karl Mai/Klaus Steinitz in „Sozialismus“, Nr. 5/2000

³ Die Prämissen für diesen nur geringen Abbau des Rückstandes werden aber nicht von Pohl explizit diskutiert.

Wenn sich in den nächsten zehn Jahren der z. Z. noch vierzig Prozentpunkte erreichende Produktivitätsrückstand nur um fünf Prozentpunkte mindern würde, lässt sich mithin schließen, dass bei linearem Fortschritt dieses Aufholens der restliche Zeitraum bis zur vollständigen Angleichung sich auf noch 80 Jahre beläuft. **Das Ziel eines Aufholens rückt damit in eine Ferne, die sich jeder politisch-verfassungsrechtlichen Akzeptanz entzieht.** Dann wäre es vielleicht ehrlicher, vom historischen Scheitern der Transformation (im erweiterten Sinne) zu sprechen.

Pohl erklärt: „Aufholprozess“ beschreibt die allmähliche Angleichung des in Ostdeutschland erwirtschafteten Einkommens an das westdeutsche Niveau.“ (ebd.) In Verbindung mit dem ewiglangen Abtragen des Produktivitätsrückstandes ist auch die weitere Angleichung des selbsterzeugten Einkommens determiniert. Dies hat erhebliche Konsequenzen für die Fortsetzung von Transfers West/Ost zwecks Schließung der endogenen Einkommenslücke. Die Fortsetzung bisheriger hoher Transfers sieht Pohl zunächst im Infrastrukturbereich Ost mit seinem immer noch hohen Nachholbedarf, deren Reduzierung mit negativen Wachstumseffekten verbunden wäre. Für die direkte Wirtschaftsförderung jedoch betont er den nachlassenden Gesamteffekt und warnt vor Subventionsmentalität in den bestehenden Unternehmen. Hier ist allerdings zu beachten, dass zwischen 1991 und 1999 nur 6,3 % der öffentlichen Bruttotransfers in die direkte Wirtschaftsförderung flossen.⁴

Pohl beendete diesen Gedanken mit der Formulierung: „Es ist eine Wertungsfrage, ob in dem vorerst weiter bestehenden Rückstand ein Scheitern der Transformation zu sehen ist.“(ebd.) Zum Trost verweist er auf den im internationalen Vergleich hohen Lebensstandard in Ostdeutschland, der allerdings die ostregionale Eigenleistungsfähigkeit sehr weit übertrifft.

Pohl fasste seine wirtschaftspolitische Intention in der Forderung zusammen: „Es ist denkbar, dass der ostdeutsche Wirtschaftssektor zwar wettbewerbsfähig, aber zu klein bleibt, um alle Beschäftigungswünsche, wie sie heute im Lande bestehen, zu befriedigen; zu klein auch, um die gesamtwirtschaftliche Leistung je Einwohner der in Westdeutschland rasch anzugleichen. Es ist denkbar – nicht zwingend. Und deshalb bleibt die unvollendete Transformation eine Herausforderung. **Alle Akteure müssen sich weiter voll auf die Entfaltung des wirtschaftlichen Potenzials Ostdeutschlands konzentrieren.**“ (S. 223) (Hervorgehoben von mir – K. M.) Zweifellos ist dies eine Anforderung, der sich die Politiker aller Parteien in Deutschland im gesamtdeutschen oder nationalen Interesse nicht faktisch verweigern sollten.

Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** hielt in Halle am 1.4.00 einen Vortrag⁵ zur SPD-Politik, in welchem er ausdrücklich betonte, dass die „Aufholjagd“ in Ostdeutschland weitergehe; leider hat er nicht konkretisiert, mit welchem Ziel-Niveau im Ost/West-

⁴ IWH, Sonderheft 2/2000, S. 14

⁵ Wolfgang Thierse, "Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie in Ostdeutschland", 1.4.00 Rede in Halle auf der SPD-Landeskonferenz, 1.4.2000 (Skript)

Vergleich. In seinen speziellen Betrachtungen lief aber alles darauf hinaus, die endogenen Innovationspotentiale zu steigern und die inneren Potenzen der neuen Bundesländer verstärkt zu nutzen und zu fördern. Er entwickelte ein „neues Leitbild“ für die Ostdeutschen, das abseits einer „nachholenden Modernisierung“ auf innovative Wertschöpfungsbereiche setzt: das läuft aber darauf hinaus, die zu schmale und deformierte Industriebasis Ost insofern zu akzeptieren, als nicht wieder „nachgeholt“ werden soll.

Bemerkenswert an seiner Sichtweise ist, dass gegen eine „nachholende Modernisierung“ polemisiert wird – was schon deswegen unverständlich erscheint, weil zuvor niemand eine bloß „nachholende Modernisierung“ überhaupt ernsthaft proklamiert hatte. Den Wiederaufbau veralteter Industriestrukturen Ost wurde tatsächlich niemals gefordert, sondern die strukturelle Herausbildung innovativer Bereiche vor allem für den überregionalen Markt und eine Überwindung der noch einseitigen oder deformierten Branchenstrukturen im Rahmen einer notwendigen, aber technologisch modernen Re-Industrialisierung im Sinne einer zureichenden Industriebasis überhaupt. Bekanntlich entwickelt sich eine moderne Dienstleistungsgesellschaft, insbesondere für produktionsnahe Dienstleistungen, nur auf einer industriellen Wertschöpfungsbasis.

Der Schwenk sowohl von Pohl als auch von Thierse auf die „endogenen Potenziale“ der neuen Bundesländer ist weder Einzelfall noch Zufall, sondern die logische Folge der Akzeptanz des geringen Engagements der westdeutschen Investoren im industriellen Bereich, speziell der Exportbasis, Ostdeutschlands. Offenbar wird diesem Phänomen der Abstinenz westdeutscher Großinvestoren damit auch ein substituierendes „Mäntelchen“ als „Entlassung aus der Pflicht“ umgehängt.

Indessen ist es allgemeine Experten-Auffassung, dass der ostdeutsche Angleichungsprozess längst ins Stocken geraten ist.⁶ In jüngster Zeit hat **Dr. Heiner Flassbeck** auf folgendes hingewiesen: „Um aufholen zu können, muß in Ostdeutschland die Produktivität, wie in den Jahren 1992 bis 1995, stärker als im Westen steigen. Die Produktivität kann aber nur stärker steigen, wenn sie vom Staat und diesmal tatsächlich von der Angebotsseite der Volkswirtschaft her angeschoben wird. Da die ostdeutsche Wirtschaft immer noch einen Wettbewerbsrückstand hat, nutzt die Förderung der Nachfrage hier nichts. Mehr Nachfrage verpufft nur sofort in noch höheren Importen. Folglich muß man weit größere Anreize als bisher für Unternehmen setzen, ihre Produktion in die neuen Bundesländer zu verlagern und die öffentliche Infrastruktur schnell und mit hohem Aufwand ausbauen.“⁷ Hier wird der Ansatz für eine neue makroökonomische Strategie des Aufholens sichtbar.

Walter Romberg (SPD), 1990 erster Finanzminister im DDR-Übergangskabinett von Lothar de Maizière, äußerte sich jetzt rückblickend auf die Einführung der Währungsunion wie folgt: „Es überwog die Vorstellung, westdeutsche Unternehmen würden in großem Umfang im Osten investieren. Das ist aber nur sehr begrenzt passiert – allen Appellen der (damaligen)

⁶ Siehe z.B. „ifo-Schnelldienst“ Heft 3/2000, S. 9 ff.

⁷ H. Flassbeck, „Das Transferproblem“ in: „Wirtschaft und Markt“ Nr. 6/2000

Bundesregierung zum Trotz.“⁸ Und an anderer Stelle setzte er aus aktueller Sicht fort: „Der bisherige Weg in Ostdeutschland führt nicht aus dem desolaten Zustand der Wirtschaft. Das ist offensichtlich. **Eine besondere politische Anstrengung könnte uns weiterhelfen.**“⁹ Und: „*Ich halte die Wirtschaftsentwicklung im Osten wirklich für bedrohlich.*“¹⁰

Seitens der PDS-Politikerin **Prof. Christa Luft**, Wirtschaftsministerin der DDR in der Zeit der Modrow-Regierung, wird die Betrachtung wie folgt zugespitzt: „Es gibt zwei Alternativen: Entweder die Politik entschließt sich, die Ostdeutschen zu Märkten kommen zu lassen, um die Wertschöpfung **aus eigener Kraft** zu generieren – oder die Transferleistungen müssen fortgesetzt werden. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass es auf Jahrzehnte hin möglich ist, eine Diskrepanz bei Entlohnung und Renten zuzulassen.“¹¹ (Hervorgehoben von mir – K. M.) Hier verzichtet Luft - völlig desillusioniert - auf jede Erwartung an die westdeutschen Konzerne wegen einer neuen Investitionsoffensive in Ostdeutschland.

Eindeutig und lehrreich sind die Erfahrungen der Umstrukturierung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahrzehnten. In einer Analyse der dortigen regionalen Ergebnisse wird für Ostdeutschland vom westdeutschen Regionalforscher **Herman Bömer** abgeleitet: „Schließlich macht die wirtschaftliche und finanzielle Lage der neuen Bundesländer hoffentlich für jeden sichtbar, dass **es undenkbar ist, dass sich Regionen mit einer derart schwachen Wirtschaftsstruktur im industriellen und im produktionsorientierten Dienstleistungssektor am eigenen Schopf aus dem Sumpf herausziehen können.**“¹² (Hervorgehoben von mir – K. M.) Dies ist an Klarheit kaum zu übertreffen.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Sabine Kaspereit** erklärte am 11.5.00 im Bundestag zur Lage der ostdeutschen Wirtschaft: „Die Ausrüstungslücke der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber der westdeutschen Wirtschaft wird auf 40 Prozent geschätzt, was einem Investitionsvolumen von ca. 260 Milliarden entspräche. **Es ist völlig klar, dass diese Lücke mit der herkömmlichen regionalen und strukturellen Wirtschaftsförderpolitik nicht zu schließen ist.**“ (Hervorgehoben von mir – K. M.) Ferner heißt es: „...dass selbst im Jahre 2005 noch mit einer Infrastrukturlücke in einer Größenordnung von circa 300 Milliarden zu rechnen ist. Dabei sind die Infrastrukturinvestitionen des Bundes noch nicht einmal berücksichtigt.“

In jüngster Zeit vollzieht sich offenbar auch ein Wandel in den Auffassungen der CDU-Fraktion im Bundestag. So z.B. erklärte der CDU-Politiker **Günter Nooke** am 19.5.2000 als einziger Ostdeutscher im Bundestag: "Wir brauchen die Unterstützung der Wirtschaft, vor allem die der eigenen westdeutschen Wirtschaft... **Wir müssen an den Patriotismus der Unternehmer in Deutschland appellieren...** Wir brauchen eine Einkaufsoffensive nicht nur

⁸ Wochenzeitung „Freitag“ vom 30.6.2000, S. 6

⁹ „Neues Deutschland“ vom 1./2.7.2000, S. 15

¹⁰ „Freitag“, a.a.O.

¹¹ „Neues Deutschland“ a.a.O., S. 16

¹² Hermann Bömer, „Moderne Regionale Strukturpolitik“ in: (Hrsg.) „Politik des Kapitals – heute“, VSA, 2000, S. 290

für ostdeutsche Produkte, sondern zum Beispiel auch für ostdeutsche Dienstleistungen." (Hervorgehoben von mir – K. M.) Jetzt bleibt zu hoffen, dass sich diese kritische Meinung gesamtpolitisch durchsetzen kann, ehe es zu spät dafür ist.

Politik gesamtdeutscher Verantwortung gestalten

Nach übereinstimmender Meinung der Wirtschaftsforschung ist der innerdeutsche Aufholprozess in den neuen Bundesländern seit mehreren Jahren (seit 1996) ins Stocken geraten.¹³ Positive sektorale Wachstumsimpulse sind zwar erkennbar, aber in der Wirkung nicht ausreichend, um den permanenten ostdeutschen Entwicklungsrückstand deutlich zu verringern. Das deutsche Grundgesetzgebot zur Angleichung der Lebensverhältnisse Ost/West droht politisch ins Hintertreffen zu geraten, neuerdings erkennbar am Streit um den innerdeutschen föderalen Finanzausgleich.

In der Öffentlichkeit wird leider oftmals der ökonomisch unbewiesene Eindruck erweckt, dass bereits eine Fortschreibung des West-Ost-Transfers einschließlich des innerdeutschen Finanzausgleichs über das Jahr 2004 hinaus einen weiteren Aufholprozess der neuen Bundesländer realwirtschaftlich sicherstellen könne. Wenn jetzt den ostdeutschen Ministerpräsidenten die Fortführung von massiven Infrastrukturinvestitionen nach 2004 auch im Vordergrund steht – der Aufholprozess entscheidet sich in der Wertschöpfungssphäre der Verarbeitenden Industrie. Derzeit zeigen die statistischen Angaben für die Investitionen ins Verarbeitende Gewerbe Ost zwischen 1994 und 1998 einen Rückgang auf 83 % oder um 4,4 Mrd. DM. Der Hauptteil dieses Rückgangs entfiel auf die Jahre 1996 bis 1998, womit ein Abbruch des forcierten Aufholprozesses in diesem tragenden Wachstumsbereich erkennbar wurde. 1998 verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe mit insgesamt 20,92 Mrd. DM die niedrigsten Gesamt-Investitionen seit 1992.¹⁴ Für 1999 wird mit einem weiteren Rückgang um 7 % (gegenüber 1998) gerechnet.¹⁵

Mit dieser rückläufigen Investitionssumme im **Verarbeitenden Gewerbe Ost**, die unter den Investitionen des regionalen Staatssektors (29 Mrd. DM) liegt, werden die Erwartungen an einen zügigen Aufholprozess nachhaltig enttäuscht. **Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt voraus, dass die Investitionsrate an der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich deutlich und nachhaltig über der westdeutschen liegt.** Die Neuausrüstung des ostdeutschen Kapitalstocks in diesem Bereich bleibt wieder deutlich zurück, insbesondere im aktuellen Vergleich je Beschäftigten zu Westdeutschland. Inzwischen ist klar, dass die schwache und sehr ungleiche Renditelage der mittelständischen Ost-Unternehmen hier die hohen Anforderungen an eine eigenständige forcierte, d.h. überdurchschnittliche Investitionstätigkeit infolge der Marktlage nicht zulässt. Aus dieser marktmäßigen Investitionsschranke kann auch

¹³ Siehe auch: A. Müller, „Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft stagniert“, ifo-Schnelldienst 3/2000, S. 9 ff.

¹⁴ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, März 2000, S. 21.

¹⁵ ifo-Schnelldienst, Nr. 8/2000, S. 3 ff.

eine Fortführung jetzt üblicher staatlicher Förderprogramme die mittelständischen Ost-Unternehmen nicht grundsätzlich oder schlagartig befreien.

Die ostdeutschen Ministerpräsidenten gingen jetzt davon aus, dass im gewerblichen Kapitalstock noch eine Ausrüstungslücke von 40 % existiere und damit ein weiteres Investitionsvolumen von ca. 260 Mrd. DM erforderlich sei, woraus sich dann ein Fördervolumen von 100 Mrd. DM ableiten lässt. (Protokoll der Regionalkonferenz v. 29.3.00) Dieser Ansatz aber ist nicht dynamisiert: er besagt nichts über die im Langzeitraum parallel eintretende stetige Veränderung des westdeutschen Kapitalstocks, die schließlich den Rückstand weiter erhöht.

Es ist aber objektiv unmöglich, den ostdeutschen Entwicklungsrückstand im industriellen Wertschöpfungsbereich bei vorherrschend rückläufiger oder nur schwacher endogener Investitionsneigung - vorwiegend aus den eigenen Quellen finanziert - rascher zu überwinden. Die zügige „Aufholjagd Ost“ leidet stark unter der Marktdominanz und gleichzeitig derzeitig verstetigten „Zurückhaltung“ oder „Abstinenz“ westdeutscher Industriekonzerne, hier massiv und schwerpunktmäßig in die innovativen Branchen vor allem der ostdeutschen Exportwirtschaft zu investieren. Zwischen 1992 und 1995, den Jahren relativ hoher westdeutscher und ausländischer Investitionen ins Verarbeitende Gewerbe Ost, wurden je Jahr noch durchschnittlich 15,8 Mrd. DM aus diesen externen Quellen investiert,¹⁶ wobei dies einem Anteil von ca. 63,5 % an den zugehörigen Gesamtinvestitionen entsprach.

Mit dem nachlassenden Interesse der externen Investoren ins Verarbeitende Gewerbe, vor allem mit dem Auslaufen bzw. Ausbleiben weiterer Großinvestitionen, ist die aktuelle Investitionsdynamik in diesem Bereich zunehmend bzw. völlig von der viel zu geringen eigenen Akkumulationskraft vorhandener mittelständischer Unternehmen abhängig.

Nur mit einer privaten westdeutschen „zweiten Investitionswelle“ ins Verarbeitende Gewerbe, speziell in die Exportbasis, und nur bei entsprechender Markterweiterung ist mit einem längerfristigen oder nachhaltigen überproportionalen Wachstum des ostdeutschen BIP zu rechnen, das auf erweiterten Produktionspotentialen beruht.

Was besagt die ostdeutsche „Produktionslücke“?

Ein überdurchschnittliches Wachstum der Wertschöpfung in den neuen Bundesländern (im Vergleich zu den alten) bildet die logische und reale Grundvoraussetzung für eine Annäherung bzw. Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistung, zumindest zwecks Schließung der enormen Lücke zwischen Eigenerzeugung und regionalem Endverbrauch – eine Lücke von mindestens 200 Mrd. DM jährlich. Bleibt diese regionale Lücke in der Eigenerzeugung erhalten, ist eine entsprechende Höhe der Transferzahlungen West/Ost im Grunde vorprogrammiert.

¹⁶ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, a.a.O. und „ifo-Studien zur Strukturforchung“ Nr. 22, S. 52

Die Transfers West/Ost bilden aber nur die eine Seite – die andere aber zeigt: „der Westen braucht den ostdeutschen Absatzmarkt und die Transfers als Kaufkraft für westdeutsche Waren“. Die so oft in westdeutschen Medien gezeigten Transfers haben den Westdeutschen eine besondere Vereinigungskonjunktur verschafft, die in den Jahren 1990/91 bis 1992 einen zusätzlichen Wachstumsschub auslöste.¹⁷

Tatsächlich fließen seit 1991 je Jahr für 200 Mrd. DM mehr Güterströme in West-Ost-Richtung als umgekehrt, und dieses ostdeutsche Leistungsdefizit wird durch die Transfers kaufkraftseitig so abgesichert, dass es stabilen Marktanteil für die westdeutschen Lieferungen bildet. Das so ermöglichte Liefervolumen für westdeutsche Konzerne und Handelsketten beträgt inzwischen für zehn Jahre bis zu 2 Billionen DM. Es verschaffte den westdeutschen Lieferanten einen hohen Marktgewinn, der oft bei einer Umsatzrendite von 4- 5 % lag.

Jedem Westdeutschen dürfte klar sein, dass es nicht schlagartig möglich ist, diese Transfers abzurechnen oder zu halbieren, an die sich die westdeutsche Lieferseite von Waren auf den ostdeutschen Markt in zehn Jahren gewöhnt hat. Diese Lieferanten beherrschen den ostdeutschen Gütermarkt und sind auch längst nicht bereit, ihre Marktanteile kampflos preiszugeben – auch nicht an ihre ostdeutschen einheimischen Marktkonkurrenten. Diese benötigten effektiv einen gewaltigen zusätzlichen Investitionsschub von ins Verarbeitende Gewerbe Ost, um die bisherige „Produktionslücke Ost“ von ca. 200 Mrd. DM je Jahr durch eigene Marktproduktion schließen oder abdecken zu können.

Keine Macht der Welt kann rein willkürlich die „Produktionslücke Ost“ wegzaubern, die fest in die westdeutsche Marktstrategie eingebunden ist. Aber es ist möglich, durch eine neue politisch initiierte wirtschaftliche Kraftanstrengung in den nächsten zehn bis 15 Jahren schrittweise und stetig die Eigenleistung Ost so zu erhöhen, dass die Transfers danach langsam zurückgeführt werden können. Dies ist eine Chance für private Investitionen in das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe, die allerdings in Konkurrenz zum hohen Direktexport von Kapital ins Ausland genutzt werden muss. Dieser Direktexport ist inzwischen vielfach höher als die z. Z. getätigten westdeutschen Industrieinvestitionen ins Verarbeitende Gewerbe Ost.

Was erfordert der Abbau der Produktionslücke Ost?

Vor der kurzfristigen Rückführung der Transfers West/Ost liegt also der zusätzliche Schub der hierfür erforderlichen industriellen Investitionen Ost, ergänzt um weitere Anforderungen für den noch dringend benötigten Bedarf im Sektor Infrastruktur. Selbst wenn der noch hohe Sozialtransfer in den nächsten Jahren sinken könnte, würde der infrastrukturelle Bedarf vor allem der Städte noch ansteigen. Außerdem würde die westdeutsche Lieferseite sich einen neuen Absatzmarkt von bis zu 200 Mrd. DM Warenumsatz auswärts kompensatorisch erschließen müssen.

¹⁷ Nach DIW-Angaben wäre „ohne diese Lieferungen das westdeutsche Sozialprodukt ceteris paribus jedes Jahr um 6 bis 7 % niedriger gewesen.“ (DIW-Vierteljahreshaft 2/2000, S. 202)

Hier einige überschlägige Aussagen dazu. 1996 betrug der Kapitalkoeffizient¹⁸ im Produzierenden Gewerbe für Deutschland 2,7 und darunter im Verarbeitenden Gewerbe 2,3. Es würden also insgesamt an zusätzlichen Netto-Investitionen zum Schließen der Produktionslücke benötigt: a) im Produzierenden Gewerbe ca. $200 \times 2,7 = 540$ Mrd. DM und b) alternativ speziell nur im Verarbeitenden Gewerbe $200 \times 2,3 = 460$ Mrd. DM. Verteilt man diesen Investitionsbedarf vereinfacht auf zehn Jahre, dann wären a) im Prod. Gewerbe je Jahr zusätzlich 54 Mrd. DM und b) alternativ speziell nur im Verarbeitenden Gewerbe zusätzlich 46 Mrd. DM je Jahr an zusätzlichen Investitionen erforderlich.

Es sind zwecks Schließung der Produktionslücke auch erhöhte Investitionen im Verkehrs- und Nachrichten-Infrastrukturbereich notwendig, für die der Kapitalkoeffizient 1996 bei 5,6 lag. Daher liegt eine gewisse Berechtigung darin, den gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten (aber ohne die Wohnungsvermietung) in Höhe von 2,9 (für 1997) der Überslagsrechnung zugrunde zu legen. Daraus folgen dann aber $200 \times 2,9 = 580$ Mrd. DM an zusätzlichen Gesamtinvestitionen. (Hiervon wäre der notwendige Anteil für die Infrastruktur in Höhe von mindestens 120 Mrd. DM abzugrenzen, der Rest entfällt sodann auf die innovativen Wertschöpfungsbereiche Ost.) Der jährliche Anteil beträgt also 58 Mrd. DM zusätzlich für zehn Jahre, wobei private und öffentliche Investitionen hierin eingeschlossen sind.

Daraus lassen sich auch überschlägige Angaben für die zusätzliche Beschäftigung ableiten. Im Produzierenden Gewerbe betrug 1996 die Kapitalausstattung je Arbeitsplatz 245 TDM, im Verarbeitenden Gewerbe nur 225 TDM. In der Gesamtwirtschaft betrug 1997 diese Kennzahl (ohne die Wohnungsvermietung) 264 TDM. In der „Gesamtwirtschaft“ würden demnach je Jahr $58.000.000.000 : 264.000 = 219.697$ neue Arbeitsplätze zusätzlich entstehen können, bei sonst gleichbleibenden Bedingungen. Es ist aber mit einem begründet geringeren Beschäftigungszuwachs zu rechnen, gerade bei Beachtung einer künftig noch fortschreitenden Produktivitätsangleichung Ost an West sowie der landeshaushaltswirksamen Freisetzung von öffentlichem Personal in den neuen Bundesländern.

Die hier abgeschätzten „zusätzlichen“ Netto-Investitionen zum Schließen der faktischen Produktionslücke Ost (ca. 200 Mrd. DM BIP) stehen in kontrastierender Relation zum bisherigen BIP-Ost (zu lfd. Preisen) für 1999 in effektiver Höhe von ca. 436 Mrd. DM.¹⁹ Es geht jedoch nicht nur darum, lediglich ein BIP von $436 + 200 = 636$ Mrd. DM summarisch zu erzeugen, sondern jede Erzeugungshöhe schrittweise an den ostregionalen Endverbrauch anzugleichen und letztlich z. B. nach zehn Jahren damit gleichzuziehen.

Die gesamtdeutsche Herausforderung erkennen

Wir stehen vor der Lage, dass einerseits ein historisch viel zu langsamer „Aufholprozess“ als spontanes Marktergebnis für Ostdeutschland erst nach 80 Jahren gelingen soll, während andererseits die geballte Kapitalkraft der deutschen Großkonzerne und Banken sich auf den

¹⁸ Siehe zu diesen und folgenden Zahlenangaben: IdW Köln, „Zahlen 2000“, Tabelle 37

¹⁹ BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, März 2000, S. 1

ausländischen Kapitalexport und auf globale Märkte wirft. Nach Angaben der Bundesbank belief sich 1999 die Zunahme der Direktinvestitionen ins Ausland netto auf 92,9 Mrd. Euro.²⁰

Dieser bedrohlichen zwiespältigen Sachlage sollte im politischen Konsens der Parteien ebenso wie im rationalen Eigeninteresse der deutschen Wirtschaft entgegengewirkt werden, um die ökonomische, soziale und gesellschaftliche Differenzierung Ost – West abzubauen statt sie hinzunehmen oder zu erhöhen. Welche politischen Handlungs-Optionen sind mit Vorrang für den Industriebereich Ost zu wählen?

Das vorrangige politisch-strategische Ziel besteht darin, eine "zweite Investitionswelle Ost" im innovativen industriellen Wertschöpfungsbereich einzuleiten. Falls die großen Konzerne und kapitalstarken Unternehmen im eigenen Interesse nur einen geringen Teil ihrer hohen jährlichen Sach- und riesigen ausländischen Geldkapitalinvestitionen umzudisponieren, um die privaten Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ost je Jahr insgesamt zu verdoppeln und einen neuen Wachstumsschub auszulösen, kann dieses Ziel generell erreicht werden.

Dafür ist zu entscheiden, wie die forcierte Einwerbung von privaten Investoren aus Westdeutschland in die überregionale Marktproduktion bzw. die Verarbeitende Industrie Ost künftig erfolgreich zu organisieren ist, welche Maßnahmen zur überregionalen Markterweiterung erforderlich sind und welche Mittel hierfür eingesetzt werden müssen.

Regionalpolitisch ist festlegen, wie man die Forschungs- und Entwicklungszentralen im ostdeutschen Industriebereich oder produktionsnahen Bereich rasch erweitern kann, um hier innovative oder attraktive Dienstleistungen angebotsseitig wesentlich zu steigern.

Zentral ist zu entscheiden, ob die strukturelle Regionalpolitik Ost politisch und finanziell hauptsächlich an die Zuweisungen von EU-Fördermitteln (Strukturfonds) für den gewerblichen Bereich abgetreten werden soll, oder ob die Bundesregierung deutsche gesamtstaatliche Priorität hierfür durch hinreichende Bundesmittel tatsächlich gewährt. ("Chiefsache")

In jedem Falle und generell ist davon auszugehen, dass eine schleichende Entpflichtung der Wirtschaftspolitik von jeder Forderung nach Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit der Lebensverhältnisse Ost/West politisch und grundgesetzlich unakzeptabel ist.

Wo liegt die Priorität der deutschen Politik?

Die „große europäische Politik“ der Führung eines erfolgreichen Wirtschaftskrieges mit den USA um die Weltrangposition, den die Bundesregierung gemeinsam mit den deutschen Großkonzernen und Unternehmerverbänden längerfristig strategisch einleitet, lenkt die

²⁰ Die Zunahme 1999 der deutschen Wertpapieranlagen ins Ausland betrug 176,3 Mrd. Euro. Die gesamte Zunahme der Nettokapitalanlagen ins Ausland belief sich 1999 auf 332,4 Mrd. Euro. (Bundesbankbericht 6/2000, S. 71*)

westdeutschen Wirtschaftsressourcen gezielt und verstärkt in die globale Marktexpansion und den übernationalen Verdrängungswettbewerb, begleitet und gestützt von militärpolitischen Großmachtambitionen mittels europäischer Eingreifverbände.

Solange das deutsche Konzern- und Bankkapital jährlich riesige Investitionen in Sach- und Geldanlagen bevorzugt außerhalb der Landesgrenzen tätigt, die vielfach über dem Engagement in der ostdeutschen Industrie liegen, ist mit einem stärkeren Einstieg von privaten Großinvestoren im Verarbeitenden Gewerbe (insbesondere der Exportbasis) der neuen Bundesländer marktsontan nicht zu rechnen. Derzeit sind allein die jährlichen Direktexporte von Sach-Kapital ins Ausland mehr als 10-fach höher als die privaten westdeutschen Investitionen ins Verarbeitende Gewerbe Ost.²¹

Die staatlichen Finanzressourcen aber werden für den Rückbau der Staatsverschuldung und die Senkung von Gewinnsteuern vorrangig eingesetzt – was zu einer Mobilisierung der Reserven für die globale Wirtschaftsexpansion des deutschen Großkapitals wesentlich beitragen soll. Offenbar erscheint dies der Bundesregierung derzeit weltpolitisch viel wichtiger als das dramatische soziale und ökonomische Schicksal der deutschen großflächigen „Unterentwicklungsregion Ost“ mit 15 Millionen Einwohnern.

Mit dem stillschweigenden faktischen Verzicht auf die weitere Aufholjagd oder Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistung Ost/West sind auch die Chancen für ein Schließen der regionalen ostdeutschen „Produktionslücke“ vergeben. In der Konsequenz werden die möglichen Rückführungen der Transferleistungen verzögert bzw. verhindert. Dies betrifft vor allem die Höhe der Fördermittel und die Auffüllung der strukturellen Lücke in den Steuereinnahmen der Länder Ost zu West, die sich auf ein Defizit von 66 % zum westdeutschen Durchschnitt beläuft.

Es liegt im zwingenden gesamtdeutschen politischen und finanzökonomischen Interesse, die Aufholjagd mittels Erneuerung in den innovativen Branchen und Zweigen der Wirtschaft sowie in den produktionsnahen Dienstleistungsbereichen fortzusetzen, und es gibt eine „staatlich-patriotische Verpflichtung“ für die westdeutschen Konzerne - die einst hohe Mehrgewinne aus dem Vereinigungsprozess realisierten - den Strom ihrer Investitionen in die zu schmale industrielle Basis der neuen Bundesländer sprunghaft zu erhöhen.

Wird jedoch Ostdeutschland auf die **endogenen** Investitions- und Entwicklungspotenzen im Industriebereich verwiesen und vom westdeutschen Investitionsaufschwung infolge der inneren (endogenen) Investitionsschwäche Ost abgekoppelt, dann sind forcierte innovative Re-Industrialisierung, Aufholjagd und Angleichungsprozess definitiv beendet. Dann ist das Scheitern der Transformation im erweiterten Sinne einer „Vollendung“ historisch endgültig.

²¹ Hierzu in der jüngsten Standortanalyse des WSI: Es „drängt sich die Vermutung geradezu auf, dass die verstärkte Auslandsinvestition zulasten der heimischen Investitionstätigkeit ging... Etwa 40 % der binnenwirtschaftlichen Investitionsschwäche ließe sich danach durch das verstärkte Auslandsengagement erklären.“ (WSI-Mitteilungen, 6/2000, S. 341)

Es bilden sich neue differenzierende Entwicklungen in Ost und West in extremer Form, die sich in der Vermögensbildung und sozialen Lage verfestigen und die relative innerdeutsche Unterentwicklung in den neuen Bundesländern zementieren – mit all ihren absehbaren politischen, sozialen und demographischen Folgen.

Schlussbemerkung

Statt eine Fortsetzung der „Aufholjagd“ im Prozess der wirtschaftlichen Angleichung Ost/West seitens der Bundesregierung zu konstatieren, kommt man nicht umhin die Feststellung zu treffen, dass die Bundesregierung hier schon die eigene „Sturmflut“ eingezogen und fast unmerklich die Position propagiert, ein gleichschritt haltendes Mitwachstum der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt als Ziel vorzugeben, das sich verstärkt auf die regionalen bzw. endogenen Potentiale stützt. Ein ehrgeizigeres, d.h. überflügelndes Wachstum scheint infolge der immer noch durchschnittlich zu geringen Renditehöhe – und damit zu geringer Investitionskraft - vieler ostdeutschen Branchen im Verarbeitenden Gewerbe wenig realistisch.

Tatsächlich würde eine nachhaltig überdurchschnittliche Investitionsrate vorwiegend aus **eigener** Akkumulation voraussetzen, dass die faktischen und auch die zu erwartenden Renditehöhen der ostdeutschen Unternehmen ebenfalls längerfristig ein überdurchschnittliches Niveau (im Vergleich zu Westdeutschland) erreichen, was aber unter den gesamtdeutschen Marktbedingungen objektiv unmöglich erscheint. Bankkredite für Investitionen ostdeutscher Unternehmen sind oftmals nur dann erhältlich, wenn bereits begründete Marktchancen gesichert sind und Eigenkapital im Unternehmen anteilig verfügbar ist.

Damit besteht nur dann eine Chance für eine neue **forcierte** Investitionswelle in die Industrie der neuen Bundesländer, wenn sie vorwiegend exogen finanziert wird: durch externe private Investoren und zusätzliche staatliche Wirtschaftsförderung gemäß EU-Kriterien. Vor dieser Option steht jetzt – 10 Jahre seit der Vereinigung – die rot-grüne Bundesregierung, will sie tatsächlich die wirtschaftliche Angleichung der ostdeutschen Leistungsfähigkeit pro Kopf in den nächsten Jahren wieder in Gang setzen und diesen anspruchsvollen Prozess gestalten und durchhalten. Entscheidend wird sein, ob die Bundesregierung alle gegebenen Chancen nutzt, die hierfür notwendige hohe Investitionsneigung externer Kapitaleigner bzw. Großinvestoren zu stimulieren und regional-organisatorisch zu bündeln und zu lenken.

Die Grundlage für den Wegfall der Transfers für die Wirtschaft und Infrastruktur seitens der Geberländer und des Bundes bildet die zügige Angleichung der ostdeutschen BIP-Leistung je Kopf an das westdeutsche Niveau. Wird diese Angleichung nicht erreicht, wird das ostregionale Defizit zwischen Endverbrauch und Eigenleistung nicht beseitigt, dann sind die entsprechenden finanzierenden West/Ost-Transfers permanent. Allerdings geht solcher Sichtshorizont weit über jenes begrenzte Maß einer Wahlperiode hinaus, das sich die Politik selbst vorzugsweise verordnet.

Weiterführende Literaturlauswahl aus den Jahren 1999 und 2000 :

„Memorandum 1999“ und „Memorandum 2000“ der Memo-AG Bremen, Papyrossa Verlag

Nachstehende Titel sind nach dem Erscheinungsdatum geordnet:

BDI, "Sachstand und Lage Neue Bundesländer", Orientierungsdokument, 28.1.99

Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e.V., "Lage Neue Bundesländer", wir-Bericht, Nr.2, Januar '99

Beilage zu "Das Parlament", B5/99 v. 29.1.99

Pestel Institut, Studie "Besteht ein Produktivitätslücke in den neuen Bundesländern?", Hannover März 1999

Memorandum "Arbeitsmarktpolitik für die neuen Bundesländer", Otto-Brenner-Stiftung, März 1999

"Metallkonjunktur Ost" 1/99, IG Metall

J. Roesler, "Die Entwicklung der ostdeutschen Industrie in den 90er Jahren", in: „Weissbuch“ Nr. 6 "Enteignung der Ostdeutschen", GNN-Verlag 1999

Steinitz/Bischoff, "Einig Vaterland? Ergebnisse, Konflikte, Perspektiven im zehnten Jahr des Anschlusses der DDR", Pankower Hefte, Mai '99

Joachim Bischof zu Ostdeutschland in: "Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts", VSA 1999, S.111/12

DIW/IfW/IWH, "Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland" 19. Bericht, 6/98, in: „IWH-Forschungsreihe“ 5/99

Bundesbank, "Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahre 1997", Monatsbericht 7/99

Rolf Mager/Manfred Voigt, "Transferleistungen im geeinten Deutschland", PDS im Bundestag 1999

IAB, "Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in den neuen Bundesländern", IAB-Werkstattbericht Nr. 4/99

Deutsche Bundesbank, "Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989", August 1999, Sonderdruck

"Wirtschaft Ostdeutschlands - Probleme und wirtschaftliche Konsequenzen", in: PDS, "Beiträge zur Wirtschaftspolitik", 5-6/99

ifo - Schnelldienst, "Aufbau Ost: Eine Zwischenbilanz", Nr. 34/1999

"Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft", Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Protokolle Nr. 3/99, September 1999

Ulrich Pfeiffer, "Deutschland - Entwicklungspolitik für ein unterentwickeltes Land", EVA 1999, S. 261 bis 273

Rolf-Dieter Postlep, „Bedingungen und Möglichkeiten eines selbsttragenden Wachstums in den neuen Bundesländern“, in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 4/5 1999, S. 111 bis 118

Karl Mai, "Herbert Schuis Perspektivanalyse (1991) für Ostdeutschland", in: (Hrsg.) "Neoliberalismus", Distel Verlag 2000

Klaus Steinitz, "Finanztransfers West - Ost", in: (Hrsg.) "Neoliberalismus heute", Distel Verlag 2000

DGB, "10 Jahre Aufbau Ost - eine Zwischenbilanz", Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, Nr. 2/2000

"Regionalanalyse Ostdeutschland etc.", IWH "Wirtschaft im Wandel", 2/2000

Memo-Zirkular, "Zehn Jahre Aufbau Ost", Memo-Forum, April 2000

Wolfgang Thierse, "Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratie in Ostdeutschland", 1.4.00 Rede in Halle auf der SPD-Landeskonferenz, 1.4.2000 (Skript)

Karl Mai/Klaus Steinitz, "Chancen für eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland" in : "Sozialismus 5/2000, S. 22 bis 28

Rüdiger Pohl, "Die unvollendete Transformation", in: "Wirtschaft und Wandel", 8/2000

"Simulationsrechnungen usw. für die neuen Bundesländer", IWH-Sonderheft 2/2000

DIW, „Zehn Jahre deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, Vierteljahresheft 2/2000

Fritz Vilmar (Hrsg.), „Zehn Jahre Vereinigungspolitik“, trafo verlag 2000